

Anfragen zum Plenum
zum im Sitzungsplan vorgesehenen Plenum am 01.04.2020

Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Cemal Bozoglu (GRÜ):

„Vor dem Hintergrund von Presseberichten, wonach die rechtsextreme Partei 'Der Dritte Weg' die Coronakrise für Propagandazwecke nutzt, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über angebliche 'Nachbarschaftshilfen' des 'Dritten Weges' vorliegen, ob auch andere rechtsextreme Parteien und Organisationen die Coronakrise für ähnliche Initiativen nutzen und wie nach Ansicht der Staatsregierung der Instrumentalisierung der Pandemie durch rechtsextreme Kräfte begegnet werden kann.“

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Verschiedene rechtsextremistische Parteien und Organisationen bieten Hilfsaktionen (Einkaufshilfen, Kinderbetreuung etc.) vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens an. Aktivisten sehen die Krise als Chance, durch Selbstdarstellung als soziale Organisation, die sich um die Probleme der „kleinen“ Leute kümmert, Anhänger zu gewinnen. Unter anderem durch Solidaritätsbekundungen mit Berufsgruppen, wie dem derzeit besonders belasteten Pflegepersonal, versuchen Rechtsextremisten vom positiven Image dieser Berufsgruppe zu profitieren und sich sozialpolitisch zu profilieren.

Seit 19. März 2020 bietet der III. Weg an verschiedenen Standorten im Bundesgebiet Nachbarschaftshilfen an. Inzwischen wurde dieses Angebot auch auf mehrere bayerische Städte (bislang München, Erlangen und Bamberg einschließlich Umland) ausgeweitet. Die Kampagne erfolgt nach Darstellung der neonazistischen Partei aus „Solidarität für Deutsche“. Personen, die Hilfe im Alltag oder Hilfe beim Einkauf benötigen, werden aufgerufen, sich per Telefon/WhatsApp (unter einer bundesweit gültigen Telefonnummer, die dem außerbayerischen Stützpunkt Vogtland des III. Wegs zugeordnet wird), per E-Post oder Threema zu melden. Des Weiteren wirbt der III. Weg auf seiner Website am 27. März 2020 unter der Rubrik „Weggefährten“ für das Nähen von Mundschutzmasken und bietet eine entsprechende Anleitung an. Damit wolle die Partei, so die Eigendarstellung, dem Hilferuf verschiedener Verbände nachkommen und ihr „soziales Engagement für deutsche Volksangehörige“ ausbauen.

Die Jugendorganisation der NPD, „Junge Nationalisten“ (JN), wirbt mit einem Beitrag vom 18. März 2020 auf ihrer Website, Flugblättern und Plakaten in Berlin für „Nationale Solidarität in Krisenzeiten“. Die JN bietet „Nachbarschaftshilfe für Corona-Risikogruppen“ an. Menschen über 65 Jahre sowie vorerkrankte Personen werden dazu aufgerufen, sich bei Bedarf per Telefon, Twitter, E-Mail oder Facebook zu melden.

Darüber hinaus kündigte die Partei DIE RECHTE an, ihre Parteiarbeit in Form von „sozialen Hilfsprojekten“ fortzusetzen. In Dortmund und Duisburg bietet die Partei eine „Einkaufshilfe in der Corona-Krise“ an. „Älteren Menschen (...) denen eine familiäre oder soziale Bindung fehlt“, wird eingekauft und die Einkäufe geliefert.

Derzeit liegen dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) keine Informationen über Nachbarschaftshilfen der JN oder DIE RECHTE in Bayern vor. Darüber hinaus liegen dem BayLfV derzeit keine Erkenntnisse vor, ob und inwieweit die von Rechtsextremisten angebotene Nachbarschaftshilfe von Bedürftigen in Bayern tatsächlich in Anspruch genommen wird.

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) stellt in ihrem Internetportal (www.bige.bayern.de) unter der Rubrik „Was tun, wenn...“ Informationen und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Rechtsextremisten in verschiedenen Zusammenhängen bereit. Auch bezüglich Nachbarschaftshilfe durch Rechtsextremisten wird entsprechend sensibilisiert. Betroffenen Personen oder Kommunen steht die BIGE als Ansprechpartner zur Verfügung.